

heute verteil!

617 FRANKFURT

6 Frankfurt 1
Wilhelm Hauff Str. 5
77 64 22

0

19.12.67

OFFENER BRIEF
an die Mitglieder des Senats
der J. W. Goethe Universität

Bundesinnenminister Lücke erklärte: "Die Überwachung des SDS ist rechtmäßig": Die Tätigkeit des SDS sei auf den Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung gerichtet und er bereite Aktionen geheim vor.

Der Senat der J. W. Goethe Universität wirft dem SDS vor; er mißachte die Spielregeln der universitären Demokratie und übe Terror aus.

Lücke wie der Senat kehren die Verhältnisse um:

Lücke, indem er Kritik an den Notstandsvorbereitungen der Bundesregierung als verfassungsfeindlich diffamiert,

der Senat, indem er die öffentliche Diskussion verweigert und es den Studenten zum Vorwurf macht, wenn sie ohne ihn öffentlich vor dem Rektorat diskutieren.

Die Diffamierungen von Seiten des Innenministeriums und der Universitätsbürokratie sind der geplante Versuch, von eigenen undemokratischen Bestrebungen abzulenken.

Seit Jahren besteht der SDS auf Öffentlichkeit sämtlicher Diskussionen. Seit Jahren plant der SDS alle seine Aktionen öffentlich.

- Innenminister Lücke will selbst mehr als 80 Artikel des Grundgesetzes ändern.
- Die Bundesregierung hat sich 8 Jahre lang geweigert, ihre Notstandsvorbereitungen öffentlich zu diskutieren.
- Über 20 Jahre weigerten sich Konzil und Senat, ihre Sitzungen öffentlich zu halten.
- Auf seiner Sitzung am 6. 12. lehnte es der Senat ab, mit den versammelten Studenten über die Universitätssatzung und das SDS-Verbot zu diskutieren.

Den auf dem teach-in versammelten Studenten wurde vorgehalten, sie verletzen die Spielregeln der universitären Demokratie. Diese Spielregeln aber sind ohne die Studenten zustande gekommen und werden, wenn die Studenten nach öffentlicher Diskussion verlangen, als Unterdrückungsinstrumente gegen sie verwendet. Universitäre Demokratie besteht heute in geheimen Senatsitzungen - universitäre Spielregeln ermöglichen die Disziplinierung der Studenten.

Der Senat bekundete in seiner öffentlichen Erklärung die Bereitschaft zur Diskussion innerhalb der "Gebote des Rechts und der Fairness".

Wir geben dem Senat die Gelegenheit, seine Diskussionsbereitschaft unter Beweis zu stellen.

Wir fordern den Senat auf zu einer öffentlichen Diskussion über die Mitbestimmung der Studenten in der Universität und über seinen Terrorvorwurf gegenüber den Studenten, die die Diskussion erst in Gang brachten.

Wir laden ein zu einem T E A C H I N am Dienstag, den 19. Dezember.

Mit vorzüglicher Hochachtung
SDS - Gruppe Frankfurt

z. d. 17.